

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

OWUS-Dachverband

Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer - Expertenstreit über Bürgerversicherung

Bei einer Anhörung am 21. Juni 2017 im Gesundheitsausschuss des Bundestages über einen Antrag der Fraktion DIE LINKE zeigten sich Gesundheitsexperten in der Frage eines möglichen Systemwechsels in der Krankenversicherung gespalten. Befürworter der Bürgerversicherung argumentieren mit den stetig steigenden Gesundheitsausgaben und setzen auf eine verbreiterte Einnahmehasis in einem einheitlichen Krankenversicherungssystem. Gegner dieses Modells sehen in dem dualen System aus Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung (GKV/PKV) hingegen die beste Lösung und warnen vor negativen wirtschaftlichen Folgen sowie erheblichen Belastungen für Ärzte und andere Gesundheitsberufe. Die Systemfrage war am Mittwoch Thema einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses

Ausführlich unter: hib - heute im Bundestag Nr. 390 / 21. Juni 2017

<https://www.bundestag.de/hib?url=L3ByZXNzZS9oaWlvMjAxN18wNi8tLzUxMTQyOA==&mod=mod454590>

Am 28. Juni 2017 forderte die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag die Einführung einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung. Damit könnten belastete Gruppen wie prekäre Selbstständige sowie kleine und mittlere Einkommen wirksam von den Kosten der Kranken- und Pflegeversicherung entlastet und eine hochwertige gesundheitliche und pflegerische Versorgung für alle Menschen ermöglicht werden.

Ausführlich unter: hib - heute im Bundestag Nr. 402 / 28. Juni 2017

<https://www.bundestag.de/hib?url=L3ByZXNzZS9oaWlvMjAxN18wNi8tLzUxMzU1MA==&mod=mod454590>

Auch die Fraktion Bündnis 90 / Grüne fordern in einem Antrag die schrittweise Einführung einer Bürgerversicherung.

<https://www.bundestag.de/hib?url=L3ByZXNzZS9oaWlvMjAxN18wNi8tLzUxMzYzNA==&mod=454590>

Am 29. Juni wurde im Plenum des Bundestages von den Fraktionen der Großen Koalition ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Grüne zur sozialen Absicherung von Selbständigen abgelehnt. DIE LINKE stimmte dem Antrag zu, Sabine Zimmermann hatte sich in ihrem Redebeitrag ausdrücklich für die Unterstützung von Solo-Selbständigen ausgesprochen.

Kampagne „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“

"Die Umverteiler klären auf" lautet die Überschrift einer Serie von Info-Briefen der verschiedenen Träger- und Unterstützerorganisationen der Kampagne. Inzwischen sind die nächsten Info-Briefe erschienen:

Nr. 6 vom 29.05.2017: GEW über die notwendige Erhöhung der Bildungsausgaben

Nr. 7 vom 06.06.2017: Arbeiterwohlfahrt und Zukunftsforum Familie fordern eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung

Nr. 8 vom 12.06.2017: Nationale Armutskonferenz stellt gesundheitspolitische Eckpunkte zur Bundestagswahl 2017 vor

Nr. 9 vom 19.06.2017: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen zu „Hartz IV“ u.a.

<https://www.reichtum-umverteilen.de/umverteilen-blog/>

Appell „Gute Bildung für alle! Appell für mehr Geld in der Bildung!“

Der Vorstand des OWUS-Dachverbandes hat beschlossen, einer Anfrage des GEW-Hauptvorstandes zu entsprechen und diesen Appell als Trägerorganisation zu unterstützen. Als Verband, dem auch viele Solo-Selbständige angehören, finden wir uns im Appell mit der Feststellung wieder, dass besonders an Hochschulen und in der Weiterbildung viele Honorarkräfte ohne soziale Absicherung arbeiten. Im Rahmen dieser Kampagne werden wir für eine bessere soziale Absicherung dieser selbständig Erwerbstätigen eintreten und sehen neben Veränderungen in der Sozialversicherung ein gesetzliches Mindesthonorar als einen Weg, um dieses Ziel zu erreichen.

<https://www.gew.de/weiter-denken/appell/>

Aus den Landesverbänden

OWUS Berlin-Brandenburg

Unternehmerfrühstück im Marzahner Kultur-Gut

Beim traditionellen Frühstück mit Schmalzstullen und Gurken war am 23. Juni 2017 die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Sabine Zimmermann, Gast von Petra Pau (MdB), OWUS und dem Bezirksverband DIE LINKE. Wohltuend ihre nur zwanzigminütige Einführung über die wichtigsten Arbeitsbereiche, eingeschlossen Fragen der sozialen Absicherung der Solo-Selbständigen. Dieses Thema war dann auch Anlass für die über 20 Gäste, darunter der wirtschaftspolitische Sprecher der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus, Harald Gindra, eine kontroverse Debatte mit der Bundestagsabgeordneten zu führen. Da nahmen Probleme der geringen Honorare für Lehrkräfte, hohe Krankenversicherungsbeiträge, Scheinselbständigkeit, Clickworker, Mindestlohn und Mindesthonorare einen breiten Raum der Diskussion ein. Verweisen konnte Sabine Zimmermann auf die große Anfrage der Fraktion an die Bundesregierung über die soziale Lage der Solo-Selbständigen. Die Antwort der Bundesregierung enthält auf 150 Seiten Material, das für die weitere Arbeit der Fraktion, aber auch unseres Verbandes, wichtiges Zahlenmaterial enthält (kann beim OWUS-Vorstand abgerufen werden). Ein Teilnehmer forderte die Linke auf, sich nicht nur auf eine Teilgruppe der Solo-Selbständigen wie die Clickworker zu konzentrieren, sondern die ganze Breite der Solo-Selbständigen im Blick zu haben. Es gäbe bei dieser speziellen Gruppe der Clickworker viel zu wenig statistisches Material, und da ihre Tätigkeit weltumspannend sei, gäbe es derzeit auf nationaler Ebene kaum Möglichkeiten der parlamentarischen Einflussnahme. Auch die Machbarkeit der Forderungen nach Mindesthonoraren sollte weiter durchdacht werden. Hier musste Sabine Zimmermann erklären, dass man in der Fraktion noch nach entsprechenden praktikablen Lösungen für Mindesthonorare sucht. Auch das Fehlen von flankierenden Maßnahmen für die kleinen Unternehmen bei einer Einführung eines Mindestlohns von 12,00 € wurde kritisiert. Sabine Zimmermann stimmte dem zu und versprach, dieses Thema nach der Bundestagswahl in der Fraktion zu diskutieren.

OWUS dankte der Bundestagsabgeordneten für ihren engagierten Kampf für eine Verbesserung des Sozialsystems auch für die Kleinunternehmer und begrüßte die Fortschritte beim Umgang der Partei mit den KMU. Immerhin gibt es im Wahlprogramm einen eigenen Abschnitt für den Kampf um die Verbesserungen der sozialen Absicherung für Solo-Selbständige. Dennoch gilt es, immer noch verbreitete ideologische Vorbehalte bei Teilen der Partei gegenüber dem Kleinunternehmertum weiter abzubauen.

Petra Pau konnte am Ende der Veranstaltung ankündigen, dass beim nächsten Unternehmerfrühstück im Herbst die Wirtschaftssenatorin von Berlin, Ramona Pop, zu Gast sein wird.

R.G.

Beratung des Vorstands

Am 15. Juni 2017 fand in Potsdam die Beratung des Vorstands statt. Schwerpunkt der Beratung war die weitere Gestaltung der politischen Arbeit des Landesverbandes im Land Brandenburg.

IHK Wahlen Berlin abgeschlossen - Pressemeldung vom 31. Mai zum Wahlergebnis:

„ [#mitmachIHK](#) sieht sich in Forderung nach schlanker IHK bestätigt

Am heutigen Mittwoch wurde das vorläufige Endergebnis der diesjährigen Wahlen zur Vollversammlung der IHK Berlin verkündet. Die Kandidierenden, die sich den Zielen der #mitmachIHK verpflichtet haben, konnten dabei 9 Sitze in 7 verschiedenen Wahlgruppen erreichen.

Christoph Huebner, Initiator der #mitmachIHK und Mitglied der Vollversammlung seit 2012 - er musste sich in der Kreativwirtschaft gegen 21 Kandidierende durchsetzen: 'Wir freuen uns sehr darüber, dass 9 von uns gewählt wurden. Das Ergebnis bestätigt, dass es in der Berliner Wirtschaft einen deutlichen Willen dazu gibt, eine schlankere, demokratischere und transparentere IHK zu schaffen. Wir werden diesen Rückenwind nutzen, um das Wahlergebnis in politische Ergebnisse zu verwandeln. Unsere erste Initiative wird eine Überprüfung der ungeplanten Überschüsse aus 2016 sein. Unser Ziel ist eine Rückzahlung von Mitgliedsbeiträgen an die Mitglieder, die diese erwirtschaftet und nicht freiwillig bezahlt haben.' "

Dies sind die neun direkt gewählten Bewerberinnen und Bewerber der Initiative:

Emilio Paolini (Wahlgruppe 2 Digitale Wirtschaft / Untergruppe Dienstleistungen)

Dan Hirschfeld (dto.)

Prof. Dr. Dieter Puchta (dto.)

Christoph Huebner (WG 3 Kreativwirtschaft)

Vivien Hermel (WG 8 Baugewerbe, Immobilienwirtschaft / UG Immobilienwirtschaft)

Friedrich Berndt (WG 10 Einzelhandel)

Neil Nadarajah (WG 12 Freizeit- und Tourismuswirtschaft, Gastgewerbe / UG Gastgewerbe)

Rainer Janßen (WG 13 Unternehmensberatung)

Henner Schmidt (dto.)

Damit umfasst die „Fraktion“ knapp 9% der 99 Mitglieder umfassenden IHK-Vollversammlung.

Daneben stehen mit Fabio Reinhardt, Claudia Schmidt, Heinrich Strößenreuther (alle WG 3) und Norman Vogel (WG 6 Konsumgüterindustrie / UG Lebensmittelindustrie, Getränkeindustrie, Genussmittel) vier weitere Kandidaten auf aussichtsreichen Nachrück-Positionen.

Weitere Informationen zu den Wahlergebnissen – siehe <https://t.co/5r1Q9W3Sxx>

Aus den Mitgliedsunternehmen

Solidaritätsdienst International e.V. veröffentlichte seinen Jahresbericht 2016 (SODI-Report 2/2017) mit einer Projektübersicht sowie dem Bericht des Vorstands über den Jahresabschluss 2016. http://www.sodi.de/aktuell/sodi_report/neu/

Gemeinwohl-Ökonomie und alternatives Wirtschaften

Die Dokumentation der 1. Unternehmerkonferenz der GWÖ im Mai 2017 in Hann. Münden ist jetzt online.

https://ecogood.org/media/filer_public/09/23/09234511-1ccc-401b-a01b-a1c52d18c3a7/fin_dokumentation_gwo-konf_2017_1506.pdf

Wirtschaftsinformationen

Antrag zu Firmenpflichten abgelehnt.

Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Forderung, Menschenrechtsverletzungen von Unternehmen verbindlich zu sanktionieren, ist am 31. Mai im Bundestag gescheitert. Die Fraktion forderte konkret, dass die Bundesregierung eine von Südafrika und Ecuador ins Leben gerufene Arbeitsgruppe innerhalb des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen aktiv unterstützt. Ihr Ziel ist es, ein rechtsverbindliches Instrument auszuarbeiten, mit dem transnationale Konzerne für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden können. Dieser "Treaty-Prozess" solle endlich verbindliche und einklagbare Regeln für transnational agierende Konzerne aufstellen. Sie kritisierte, dass die Bundesregierung mit dem Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte und dem Bündnis für nachhaltige Textilien auf die Freiwilligkeit der Unternehmen setze und Sanktionsmöglichkeiten ausschließe. Dabei gebe es massive Probleme mit der Einhaltung von Menschenrechten durch Unternehmen in den Ländern des globalen Südens.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die bereits im November 2016 einen ähnlichen Antrag vorgelegt hat, unterstützte die Forderungen der Linken ausdrücklich. Eine Vertreterin warf der Bundesregierung vor, beim Thema Unternehmensverantwortung auch innerhalb der EU auf die Bremse zu treten, obwohl es höchste Zeit sei, gesetzliche Regelungen einzuführen.

In der Gemeinwohlbilanz werden solche Menschenrechtsverletzungen als K.O.-Kriterien geahndet. Die GWÖ ist also schon weiter als die Große Koalition!

Neuregelungen zu Sozialkassen

Am 19. Juni 2017 fand im Ausschuss für Arbeit und Soziales eine Anhörung zum Vorhaben der Bundesregierung statt, allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge, die den Sozialkassenverfahren zugrunde liegen, rückwirkend zum 1. Januar 2006 für alle Arbeitgeber verbindlich anzuordnen. Mit dem dazu vorgelegten Gesetzentwurf will die Regierung eine "eigenständige Rechtsgrundlage für den Beitragseinzug und die Leistungsgewährung" schaffen. Zur Stärkung des effektiven Rechtsschutzes der Sozialkassen als gemeinsame Einrichtung der Tarifvertragsparteien soll es zudem den Arbeitsgerichten ermöglicht werden, in Verfahren über Leistungsansprüche eine vorläufige Leistungspflicht der Beitragszahler anzuordnen.

Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 375 / 19. Juni 2017

<https://www.bundestag.de/hib?url=L3ByZXNzZS9oaWlvMjAxN18wNi8tLzUxMDk0NA==&mod=mod454590>

Ausstellungsvergütung für bildende Künstler abgelehnt

Die Linksfraktion ist im Kultur- und Medienausschuss mit ihrer Forderung nach einer Ausstellungsvergütung für bildende Künstler im Kulturausschuss gescheitert. Der Ausschuss lehnte den entsprechenden Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von Linken und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Für die öffentliche Verwertung und Nutzung von Werken sei im Urheberrecht für Künstler aller Sparten mit Ausnahme der bildenden Kunst eine Vergütung vorgesehen, heißt es im Antrag der Linken. Deshalb soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, um eine Vergütung auch für die bildende Kunst zu ermöglichen. Die Ungleichbehandlung der bildenden Kunst müsse endlich beendet werden. Dieser Argumentation schlossen sich auch die Grünen an. Über das Problem werde bereits seit mehr als 30 Jahren diskutiert. Bildende Künstler müssten bei Ausstellungen mitunter "noch draufzahlen", wenn sie beispielsweise die Kosten für den Transport ihrer Werke selbst finanzieren müssen.

Die Unionsfraktion lehnte das Ansinnen hingegen ab. Die SPD begrüßte die Zielsetzung des Antrags zwar ausdrücklich und verwies auf praktikable Regelungen in Schweden. Allerdings habe man sich innerhalb der Koalition mit dem Ansinnen nach einer ähnlichen Lösung nicht durchsetzen können

hib - heute im bundestag Nr. 390 / 21. Juni 2017

<https://www.bundestag.de/hib?url=L3ByZXNzZS9oaWlvMjAxN18wNi8tLzUxMTQyNA==&mod=mod454590>

Koppelgeschäft im Grundgesetz – Bund-Länder-Finanzbeziehungen und Autobahnprivatisierung

Anfang Juni wurde im Bundestag und Bundesrat das Grundgesetz geändert. Neben der notwendigen Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen hatte Finanzminister Schäuble dieses Gesetz an die von der Großen Koalition geplante funktionale Privatisierung durch "Öffentlich-Private-Partnerschaften" (ÖPP) im Bereich der Autobahnen gekoppelt. Dies führte zu heftigen Diskussionen innerhalb der Linken – im Bundestag NEIN und im Bundesrat JA.

Argumente dazu unter

<https://www.die-linke.de/start/presse/detail/die-linke-fordert-volksabstimmung-gegen-autobahnprivatisierung/>

http://www.bundesrat.de/DE/service/mediathek/mediathek-node.html?cms_id=7115407

(Bodo Ramelow, MP Thüringen)

<http://www.bundesrat.de/DE/service/mediathek/mediathek-node.html?id=7115585> (Christian Görke, MdF Brandenburg)

Veranstaltungen

04. Juli 2017 **„GEWERBE OHNE RAUM?“** Veranstaltung der LAG Linke Unternehmer*innen und der BO Westend mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Harald Gindra um 19.00 Uhr in der Kiez- und Kulturkneipe „Schlorrendorfer“ Meerscheidtstraße 9-11, 14050 Berlin / U2 Kaiserdamm

Links

OWUS auf  www.facebook.com/owus.dachverband

<https://oxiblog.de>

www.fabio-de-masi.de Homepage von MdEP Fabio de Masi (Fraktion GUE/NGL),

<http://unternehmenhandeln.de/> (ehemals KMU gegen TTIP)

<http://mitmachihk.berlin/#ziele> für eine starke Opposition in der IHK Berlin

<https://www.ecogood.org/de/> Gemeinwohl-Ökonomie

<http://www.thinktank-linke-wirtschaftspolitik.berlin/> LAG Linke Wirtschaftspolitik Berlin

Unsere Geburtstagskinder für den Juli 2017

Bäßler, Gerhard 18.07.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender
heinrich-berlin@kabelmail.de .